

Ein Vorbild für das europäische Lebensmodell.



Wien ist bei Gästen aus dem Ausland beliebt. Das Vorjahr brachte Rekordergebnisse, europäische Nationen prägten Wiens Top 10 der nächstgrößten Länder. Doch nicht nur der Stephansdom oder die Kulturszene waren Ziele der Besucher*innen. 94 Delegationen aus 38 Staaten besuchten Wien, um sich über die Leistungen der Stadtverwaltung zu informieren. Besonderes Interesse galt dabei Wiener Wohnen, dem Fonds Soziales Wien oder der Müllentsorgung.

Die Stadt Wien hat eine lange Tradition in der Erbringung dieser Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. 2023 wurde Wien zum 11. Mal in Folge zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt. Diese Auszeichnung in puncto Lebensqualität in der Stadt ist eine Bestätigung des Wiener Wegs und zeigt die internationale Anerkennung auf. Wien verdankt diese Top-Platzierung seiner ausgezeichneten Infrastruktur mit gut ausgebautem und zuverlässigem Öffi-Netz, der Wasser- und Gesundheitsversorgung, den breiten Bildungsmöglichkeiten sowie einem reichen Kulturangebot.

Zahlreiche europäische und internationale Städte nehmen sich mittlerweile Wien zum Vorbild, was die Qualität der Daseinsvorsorge betrifft, also all dieser öffentlichen Dienstleistungen, die das Wohlbefinden der Menschen in der Stadt ausmachen. Dass Öffis, Wasserver- und -entsorgung, die Abfallwirtschaft, Soziales und Energieversorgung in Wien so gut funktionieren, liegt nicht zuletzt daran, dass sich diese Dienstleistungen für die Allgemeinheit in städtischer Hand befinden. Das garantiert nicht nur Preis und Qualität, sondern schafft nebenbei auch Arbeitsplätze.

Oft wird behauptet, der freie Markt würde die Erbringung dieser öffentlichen Dienstleistungen vereinfachen und vor allem billiger gestalten. Bereits seit Beginn der 1980er-Jahre sind Dienstleistungen wie Telekommunikation und Energie auf EU-Ebene für den Wettbewerb geöffnet. Seit dem Jahr 2000 hat die EU-Gesetzgebung immer wieder auf weitergehende Marktöffnungen und Liberalisierungen abgezielt, was sich in manchen Bereichen auch positiv auswirken kann. Allerdings gibt es zwischenzeitig auch genügend negative Beispiele. Denn während bei privaten Unternehmen der Gewinn im Vordergrund steht, ist es bei städtischen Unternehmungen der Gedanke des Gemeinwohls. Die Erfahrung sagt auch, dass erhoffte Kostenreduzierungen meist ausbleiben.

Die Wasserversorgung in Paris ist so ein Beispiel: Die Versorgung durch private Unternehmen hatte hier eine lange Tradition, 70 Prozent der französischen Haushalte wurde von nur drei großen Unternehmen mit Wasser versorgt. Fehlende Wartung der Leitungen führte zu Rohrbrüchen, diese wiederum zu hohen Verlusten bei der wichtigen Ressource Wasser, die Kund*innen zahlten letztlich doppelt. Die Unzufriedenheit wurde so groß, dass 2010 die Pariser Stadtregierung beschloss, die Wasserversorgung wieder selbst zu erbringen. Diesem Rekommunalisierungsbeispiel folgten mittlerweile viele Gemeinden und Städte europaweit ... ein Beleg für die Richtigkeit des Wiener Wegs.

Die europäischen Entwicklungen im Bereich der Daseinsvorsorge werden daher aus Wien sehr genau beobachtet. Auf neue von der Europäischen Kommission initiierte Liberalisierungsbestrebungen im öffentlichen Sektor reagiert Wien prompt, um so mögliche damit verbundene negative Auswirkungen auf die Stadt früh – und oft mit der Unterstützung vieler Verbündeter – im Sinne Wiens zu beeinflussen.



1. Was ist Daseinsvorsorge?

- Unter dem Begriff Daseinsvorsorge versteht man öffentliche Dienstleistungen, die für alle Bürger*innen im täglichen Leben essentiell sind. Dazu zählen z.B. die (Trink)-Wasserversorgung, die Wasserentsorgung, die Müllentsorgung, der öffentliche Personennahverkehr, die Gesundheitsversorgung, leistbares Wohnen oder die Energieversorgung. Alle diese Dienstleistungen sind in Wien in öffentlicher Hand und zu leistbaren Preisen verfügbar. Sie tragen maßgeblich zur hohen Lebensqualität in der Stadt bei. Die Stadt Wien wendet sich gegen den Zwang zur Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen und steht für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Wahlfreiheit, in welcher Form die Erbringung dieser Dienste bestmöglich organisiert werden soll.
- Diese Dienstleistungen werden in Österreich von Ländern, Städten und Gemeinden erbracht. Sie orientieren sich dabei nicht am Gewinn, sondern am Wohl der Bürger*innen. Sie priorisieren hohe Qualitätsstandards, unter anderem allgemeine Zugänglichkeit, Versorgungssicherheit und Kontinuität. So werden der Bevölkerung qualitativ hochwertige Leistungen zu erschwinglichen Preisen garantiert.
- In der europäischen Debatte wird auch häufig von Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichem) Interesse gesprochen.

2. EU und Daseinsvorsorge

- Auf EU-Ebene wurden seit Beginn der 1980er-Jahre manche öffentlichen Dienstleistungen für den Wettbewerb geöffnet. Beispiele dafür sind die Telekommunikation oder die Energiemärkte. Die Europäische Union will diesen Weg fortführen. Was auf den ersten Blick positiv erscheint, kann schwerwiegende negative Folgen nach sich ziehen: Der Gedanke des Gemeinwohls müsste der am Gewinn orientierten Unternehmenskultur weichen. Nicht mehr die Bürgerin und der Bürger, sondern wirtschaftliche Gründe stünden dann im Mittelpunkt der Entscheidung.
- Gleichzeitig geht mit der Liberalisierung ein wesentlicher Gestaltungsspielraum der Länder und Gemeinden verloren. Wie internationale Beispiele zeigen, bleibt die erhoffte Reduzierung der Kosten langfristig meist aus. Die Qualität der Leistungen sinkt. Die Sicherheit der Versorgung ist nicht mehr lückenlos gewährleistet. Arbeitsplätze gehen verloren.

3. Für wirtschaftliche Wahlfreiheit eintreten

- Wien ist an unterschiedlichen europäischen Netzwerken beteiligt, um seine Interessen bestmöglich zu wahren. Dazu zählt beispielsweise das europäische Städtenetzwerk Eurocities. Es werden Gesetzesinitiativen analysiert, Positionspapiere und Analysen erarbeitet und diese in die

entsprechenden Netzwerke eingebracht. Auf diesem Weg wurde beispielsweise schon erfolgreiche Arbeit geleistet bei der Verhinderung der Privatisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und bei der Abwendung der Liberalisierung des Wassersektors sowie der Abfallwirtschaft.

- Die Relevanz der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge für Wien spiegelt sich auch in der Vorsitzführung der Arbeitsgruppe „Öffentliche Dienstleistungen“ des Städtenetzwerks Eurocities durch die Stadt Wien wider. Mögliche negative Auswirkungen für Wien werden so frühzeitig erkannt und können positiv im Sinne Wiens beeinflusst werden.

4. Mercer: Quality of Living City Ranking 2023

- Das internationale Beratungsunternehmen Mercer veröffentlicht jährlich ein Ranking zur Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität. Es analysiert dafür die Lebensqualität in 241 Städten der Welt. Die Analyse erfolgt dabei anhand allgemein anerkannter Standards. Kriterien sind etwa Gesundheit, politische Stabilität, Wirtschaftslage, Bildungssystem, Wohnungsmarkt und Naturschutz.
- In die Bewertung fließen hauptsächlich Daten ein, die von unabhängigen Instituten und Behörden erhoben werden. Ergänzend werden Expats befragt. Das sind Menschen, die in der Regel für eine begrenzte Zeit aus dem Ausland nach Wien kommen, um hier zu arbeiten.
- 2023 wurde Wien erneut als Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität eingestuft. Damit steht Wien seit 2009 durchgehend an der Spitze dieses Rankings. Der 2. Platz ging an Zürich (Schweiz), gefolgt von Auckland (Neuseeland) auf Platz 3.

5. Das EUROPÄISCHE PARLAMENT

Gemeinsam mit der Europäischen Kommission (EK) und dem Rat der Europäischen Union wird das Europäische Parlament (EP) als das „**institutionelle Dreieck der EU**“ bezeichnet. Folgende drei Kompetenzen gelten als wichtigste Aufgaben des EP:

- Erlass von EU-Rechtsvorschriften gemeinsam mit dem Rat der EU (Durch das im Vertrag von Lissabon festgelegte Mitentscheidungsverfahren wurde das EP 2009 Mitgesetzgeber für die meisten Rechtsvorschriften der EU.)
- Haushaltsbefugnisse: Verabschiedung des jährlichen EU-Haushaltsplans gemeinsam mit dem Rat, Zustimmung zum mehrjährigen Finanzrahmen
- Ausübung der parlamentarischen Kontrolle über die Arbeit der EU-Organe, insbes. der EK.



Wahlen zum Europäischen Parlament

Als **weltweit einzige transnational direkt gewählte** Versammlung wird das EP **alle fünf Jahre** in allgemeiner, geheimer, freier, gleicher und direkter (unmittelbarer) Wahl neu zusammengesetzt. Die Abgeordneten vertreten die Interessen der EU-Bürger*innen auf europäischer Ebene. Das EP setzt sich **derzeit aus 705 Mitgliedern (19 davon aus Österreich)** zusammen, sie sind nach politischer Ausrichtung in insges. sieben Fraktionen (mindestens 23 Abgeordnete pro Fraktion, in jeder Fraktion Abgeordnete aus wenigstens einem Viertel der Mitgliedstaaten) organisiert. Die Gesamtzahl der Abgeordneten darf 750 (plus Präsident*in) nicht überschreiten.

Die Anzahl der Abgeordneten pro Mitgliedstaat wird durch den Europäischen Rat auf Initiative des EP festgelegt. Es gilt dabei das Prinzip der **degressiven Proportionalität**: größere Länder haben grundsätzlich mehr Abgeordnete als kleinere Länder, diese jedoch mehr Abgeordnete pro Einwohner*in als größere. Pro Land werden zwischen 6 (Malta, Zypern, Luxemburg) und 96 Abgeordnete (D) gewählt.

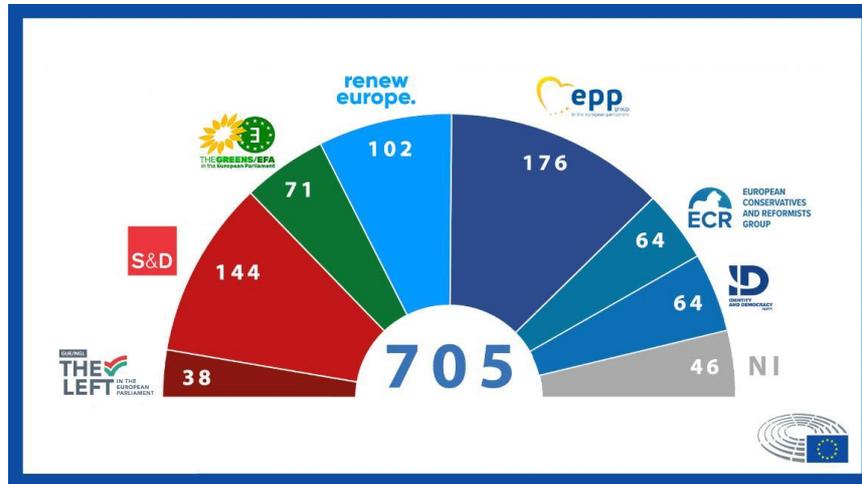
Der Europäische Rat gibt gem. Art.223 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) einheitliche Bestimmungen für die EP-Wahl vor, so wird nach dem **Verhältnismäßigkeitswahlrecht** gewählt. Die weitere Ausgestaltung und Durchführung der Wahl obliegt den Mitgliedstaaten. In Österreich gilt bspw. eine Sperrklausel in Höhe von 4 %, in Deutschland gibt es diese nicht. Das aktive Wahlrecht liegt meist bei 18 Jahren, in Ö, B, Malta und heuer erstmals auch in D bei 16 Jahren, in GR bei 17 Jahren.

EP-Wahl 2024

Vom 6. bis 9. Juni 2024 wird in den 27 Mitgliedstaaten der EU zum zehnten Mal das Europäische Parlament gewählt, **in Österreich am Sonntag, den 9. Juni 2024**. Bei den letzten Wahlen im Mai 2019 wurden ursprünglich 751 Abgeordnete (davon 19 aus Österreich) gewählt, durch den Brexit 2020 reduzierte sich ihre Zahl auf 705. Um die dadurch verursachte Veränderung in der Bevölkerungszahl in den Mitgliedstaaten wieder anzugleichen, werden **heuer 720 Abgeordnete (davon 20 in Österreich) gewählt**.

EP-Wahl 2019

2019 ging die Europäische Volkspartei EVP – trotz starker Verluste – als stärkste Kraft hervor. Die **derzeitige Aufteilung der Sitze** ist aus der Grafik ersichtlich, die Tabelle führt weitere Details an:



Quelle: www.europarl.europa.eu

Derzeit sind die österreichischen Parteien wie folgt im EP vertreten: ÖVP 7 Mandate, SPÖ 5, FPÖ 3, GRÜNE 3, NEOs 1.

In Österreich lag 2019 die **Wahlbeteiligung** bei 59,8 % (Gesamteuropa rund 51%) und somit deutlich höher als bei den letzten Europawahlen. In Wien lag sie bei 58,7 %, Spitzenreiter war NÖ mit 67,2 %, an letzter Stelle lag Kärnten mit 52,1%. Dabei ging die erstaunlich hohe Wahlbeteiligung europaweit auf einen Anstieg der Wahlbeteiligung junger Menschen zurück (plus 14 Prozentpunkte in der Altersgruppe unter 25 Jahren (Ö plus 19), plus 12 Prozentpunkte (Ö plus 16) bei den 25- bis 39-Jährigen).

weitere Infos:

- elections.europa.eu/de/
- www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/be-heard/elections
- vienna.europarl.europa.eu/de
- www.oesterreich.gv.at/themen/transparenz_und_partizipation_in_der_demokratie/demokratie-und-wahlen/wahlen/5/1.html
- www.wien.gv.at/politik/wahlen/eu/

